



PLANZEICHENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

- REINE WOHNGEBIETE
- ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

- GFZ GESCHOSSFLÄCHENZAHL ALS HÖCHSTMASS
- GRZ GRUNDFLÄCHENZAHL
- I ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTMASS

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

- OFFENE BAUWEISE
- NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG
- BAUGRENZE
- STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN (HAUPTGEBÄUDERICHTUNG)
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER HAUPTGEBÄUDERICHTUNG

VERKEHRSFLÄCHEN

- STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN
- STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
- MF MISCHFLÄCHEN (SIEHE TEXTL. FESTS. NR.1)
- F+R FUSS- und RADWEG
- BEREICH OHNE EIN- und AUSFAHRT
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG DER VERKEHRSFLÄCHE

GRÜNFLÄCHEN

- GRÜNFLÄCHE, ÖFFENTLICH

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

- UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (SIEHE TEXTL. FESTS. NR.7)
- BINDUNG FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN (§ 9 Abs.1 Nr. 25 b BauGB)

SONSTIGE PLANZEICHEN

- St/Ga UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN (SIEHE TEXTL. FESTS. NR. 6)
- Lf MIT LEITUNGSRECHTEN ZUGUNSTEN DER VERSORGUNGSTRÄGER ZU BELASTENDE FLÄCHEN
- UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND (SIEHE TEXTL. FESTS. NR. 5)
- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- HILFSLINIE FÜR STRASSEN RECHTER WINKEL

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Die mit MF gekennzeichneten Verkehrsflächen sind als Mischflächen auszubauen, d.h. eine Trennung der unterschiedlichen Verkehrsarten (Auto, ruhender Verkehr, Fahrrad und Fußgänger) findet nicht statt.
2. In Gebieten, für die eine Bauweise in Form von Einzelhäusern festgesetzt ist, sind Gebäude mit maximal 2 Wohnungen zulässig.
Innerhalb der allgemeinen Wohngebiete (WA) sind die nach § 4 (2) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Gartenbaubetriebe gemäß § 1 (6) BauNVO allgemein zulässig.
3. Zum Ausgleich für Flächenversiegelungen wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB folgendes festgesetzt:
Pro 300 m² versiegelter Grundstücksfläche ist mindestens ein standortgerechter Laubbau (siehe Anlage zur Begründung) zu pflanzen.
4. Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nur bis zu einer Größe von 15 qm Grundfläche zulässig.
5. Aus Gründen des vorbeugenden Brandschutzes sind im Grenzbereich zu den angrenzenden Waldflächen die nicht überbaubaren Grundstücksflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB von leicht entflammbaren Nebenanlagen, Einfriedungen und Bepflanzungen freizuhalten. Für Flächen in einem Abstand von mindestens 6,0 m zum Waldrand können Ausnahmen zugelassen werden, wenn keine Bedenken hinsichtlich des Brandschutzes bestehen.
6. Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sind auf den hierfür besonders festgesetzten Flächen sowie innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Außerhalb dieser Flächen sind Garagen und überdachte Stellplätze nur zulässig, wenn ihre Grundfläche nicht mehr als 25 m² beträgt und wenn ein Abstand zur öffentlichen Verkehrsfläche von mindestens 5 m eingehalten wird.
7. Innerhalb der festgesetzten Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ist der vorhandene Laubmischwaldbestand und die Heidevegetation zu erhalten. Der vorhandene Aufwuchs aus Fichten (Weihnachtsbaumkultur) im südlichen Teil des Plangebietes ist zu beseitigen und durch eine Neuanpflanzung zu ersetzen, die der Vegetation des nördlich benachbarten Laubmischwaldbestandes entspricht.

PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253) und des § 40 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. von 22.06.1982 (Mds. GVBl. S. 229) - beide Gesetze in der zur Zeit geltenden Fassung - hat der Rat der Stadt Gifhorn diesen Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.
Gifhorn, den 11.07.1994

Birch
Bürgermeister



Jans
Stadtdirektor

VERFAHRENSVERMERKE

Der VA der Stadt Gifhorn hat in seiner Sitzung am 21.10.1993 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.51/81 „VOR DEM EYSSEL“, TEILBEREICH 7 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB am 07.02.1994 ortsüblich bekannt gemacht.
Gifhorn, den 07.02.1994



Jans
Stadtdirektor

Vervielfältigungsvermerke

Kartengrundlage: Flurkartenwerk, Flur: 24
Maßstab: 1 : 1000
Erlaubnisvermerk: Vervielfältigungserlaubnis für Plangrundlage erteilt durch DIPL.ING.J.ERDMANN am 01.1993
Az.: 92722-6

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach. (Stand von 01.1993) Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksareale ist einwandfrei möglich.
Gifhorn, den 16.08.1994



Unterschrift

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von Stadtplanungsamt.
Gifhorn, den 21.04.1994



Albrecht
Bauwirtsrat

Der Rat der Stadt Gifhorn hat in seiner Sitzung am 11.07.1994 den Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden an ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben von bis gen. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich vorgelegen.
Gifhorn, den

Jans
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Gifhorn hat in seiner Sitzung am 21.10.1993 den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gem. § 3 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden an ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben von bis gen. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich vorgelegen.
Gifhorn, den

Jans
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Gifhorn hat in seiner Sitzung am 21.10.1993 den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen. Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde mit Schreiben vom Gelegentlich zur Stellungnahme bis zum gegeben.
Gifhorn, den

Jans
Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Gifhorn hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 11.07.1994 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.
Gifhorn, den 11.07.1994



Jans
Stadtdirektor

Der VA der Stadt Gifhorn hat in seiner Sitzung am 21.10.1993 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die verkürzte öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 3 BauGB-Maßnahmen beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 26.04.1994 ortsüblich bekannt gemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 05.05.1994 bis 25.05.1994 gem. § 2 Abs. 3 BauGB-Maßnahmen öffentlich vorgelegen.
Gifhorn, den 25.05.1994



Jans
Stadtdirektor

Der Bebauungsplan ist gem. § 12 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 6 BauGB-Maßnahmen am 30.09.1994 im Amtsblatt für den Landkreis Gifhorn, Nr. 10 bekannt gemacht worden.
Der Bebauungsplan ist damit am 30.09.1994 in Kraft getreten.
Gifhorn, den 30.09.1994



Jans
Stadtdirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB a. i. V. m. § 2 Abs. 6 BauGB-Maßnahmen am 30.09.1994 im Amtsblatt für den Landkreis Gifhorn, Nr. 10 bekannt gemacht worden.
Der Bebauungsplan ist damit am 30.09.1994 in Kraft getreten.
Gifhorn, den



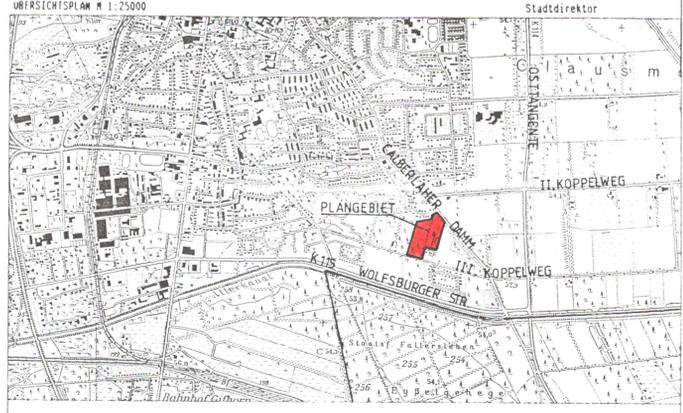
Jans
Stadtdirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend/geltend gemacht worden.
Gifhorn, den



Jans
Stadtdirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend/geltend gemacht worden.
Gifhorn, den



STADT GIFHORN
URSCHRIFT *A. Ausfertigung*

BEBAUUNGSPLAN NR. 51/81
„VOR DEM EYSSEL“, TEILBEREICH 7

M 1 : 1000